

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen

www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

05.11.2015

Pressemitteilung Nr. 17/662

Siebels: Reserveantibiotika für Veterinärmedizin streng definieren

Reserveantibiotika sollen nach dem Willen der SPD-Landtagsfraktion grundsätzlich der Humanmedizin vorbehalten bleiben: „Wir fordern eine einheitliche Definition von Reserveantibiotika und hohe Auflagen für den Fall, dass die für die Humanmedizin definierten Antibiotika doch in der Tiermedizin angewendet werden müssen“, erklärt dazu Wiard Siebels, agrarpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Siebels macht deutlich, dass fortschreitende Antibiotikaresistenzen ein ernsthaftes Gesundheitsproblem seien. „Diese Resistenzen nehmen bei Menschen und Tieren zu. Deshalb muss beim Einsatz von Antibiotika grundsätzlich höchst verantwortungsvoll gehandelt werden.“ Im Bereich der tierhaltungsassoziierten resistenten Keime lässt sich auch ein Bezug zu Regionen mit besonders hoher Tierdichte herleiten, erläutert Siebels.

„Bei landwirtschaftlichen Nutztieren sollte deshalb meiner Überzeugung nach der Einsatz nur möglich sein, wenn alle anderen Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements – inklusive Impfprogramme – erfolglos waren.“

Man müsse, um eine weitere Verbreitung von Resistenzen in der Landwirtschaft zu begrenzen, den Antibiotika-Einsatz reduzieren. Die rot-grüne Regierungskoalition hat dazu einen Entschließungsantrag in den Landtag Niedersachsen eingebracht. „Das ist ein An-

fang. Ziel muss es sein, landwirtschaftliche Nutztiere so zu halten, dass ein Antibiotika-Einsatz die Ausnahme, und nicht die Regel ist“, betont der SPD-Agrarpolitiker Wiard Siebels. Mit dem Antrag widmet sich die SPD-Fraktion gezielt der Problematik von resistenten Keimen, die in Zusammenhang mit landwirtschaftlicher Nutztierhaltung stehen, ohne dabei die Handlungsnotwendigkeit im Bereich der Humanmedizin in Abrede zu stellen, erläutert Siebels den Inhalt des Antrages.